Seeufer in Berg

Fahrradstraße ade

16. März 2022, 21:45 Uhr | Lesezeit: 2 min

Gemeinderat bremst Pläne von Arbeitskreis und Rathausspitze aus

Von Sabine Bader, Berg

Berg will eine "fahrradfreundliche Gemeinde" werden, das ist das erklärte Ziel. Darum hatte es kürzlich auch großes Lob im Gemeinderat für ein Konzept gegeben, das der aus Bürgern bestehende Arbeitskreis Radverkehr ausgearbeitet hat. Es wurde einstimmig beschlossen, die Anregungen nach und nach umzusetzen. In dem Konzept wird auch besonderes Augenmerk auf die Assenbucher Straße gelegt, die am Seeufer zwischen Leoni und der Seeburg zu den neuralgischen Strecken zählt. Denn die relativ enge Straße ohne Fußweg müssen sich Spaziergänger, Hundehalter, Kinder mit Laufrädern, Badegäste, Radfahrer und Autofahrer teilen. An schönen Sommertagen wird es hier eng. Kein Wunder, dass der Arbeitskreis die Situation entschärfen will. Er wünschte sich eine "Gemeinschaftsstraße", auf der alle Teilnehmer gleichberechtigt unterwegs sind. Oder alternativ eine "Fahrradstraße", auf der Radler Anspruch darauf haben, dass Autofahrer auf sie Rücksicht nehmen. Autos müssten somit ihre Geschwindigkeit drosseln. Zudem hätte das Ganze einen gewissen Abschreckungseffekt auf unberechtigte Autofahrer.

Rathauschef Rupert Steigenberger hat die Angelegenheit mit Vertretern der Starnberger Polizei durchgesprochen. Dabei stellte sich heraus, dass eine Gemeinschaftsstraße rechtlich keinerlei bindende Wirkung haben würde. Aus diesem Grund hat sich die Rathausspitze, wie im Konzept vorgesehen, um die Errichtung einer Fahrradstraße gekümmert.

Dagegen allerdings regt sich seit Wochen Widerstand. Auch Unterschriften wurden gesammelt. Einige Gemeinderäte haben jetzt einen gemeinsamen Antrag eingereicht. Er sieht vor, trotz der fehlenden Rechtsgrundlage eine Gemeinschaftsstraße auszuweisen - und so quasi an den guten Willen aller zu appellieren. Denn Annatina Manninger (CSU) will nicht einleuchten, dass hier einer der Nutzer "bevorzugt" werden sollte. Da war von "Kampfradlern" die Rede. Da wurden Ängste von Müttern mit Kleinkindern und Kinderwagen geschildert. Schließlich seien Fußgänger die schwächsten Verkehrsteilnehmer, hieß es. Auch der finanzielle Aspekt wurde ins Feld geführt. Denn die Schilder für den Straßenrand und die Fahrbahnmarkierungen kosten rund 10 400 Euro.

Das sahen Harald Kalinke (QUH) und Werner Streitberger (SPD) gänzlich anders. Sie plädierten dafür, es doch einfach zu versuchen und die Fahrradstraße zeitlich befristet einzuführen. Bei der anschließenden Abstimmung fand dann weder die Fahrradstraße (vier zu zwölf Stimmen), noch die Gemeinschaftsstraße (drei zu 13 Stimmen) eine Mehrheit. Die meisten Mitglieder plädierten stattdessen dafür, alles beim Alten zu belassen.

Unweit der Uferstraße existiert übrigens bereits eine Fahrradstraße - vor dem Gymnasium Kempfenhausen. Da gibt es laut Steigenberger "keine Probleme".

Bestens informiert mit SZ Plus – 4 Wochen kostenlos zur Probe lesen. Jetzt bestellen unter: www.sz.de/szplus-testen

URL: www.sz.de/1.5549051

Copyright: Süddeutsche Zeitung Digitale Medien GmbH / Süddeutsche Zeitung GmbH

Quelle: SZ

Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über Süddeutsche Zeitung Content. Bitte senden Sie Ihre Nutzungsanfrage an syndication@sueddeutsche.de.